



Prof. Dr. Peter Molt war von 1960 bis 1964 Leiter der Politischen Akademie Eichholz und von 1962 bis 1966 der erste Leiter des Instituts für Internationale Solidarität. Danach war er in verschiedenen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit tätig.

## KONRAD ADENAUER UND DIE ANFÄNGE DER INTERNATIONALEN ARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Peter Molt*

Nachdem Konrad Adenauer am 16. Oktober 1963 als Bundeskanzler zurückgetreten war, fragte der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues, bei ihm an, ob er damit einverstanden sei, dass aus der Politischen Akademie Eichholz und der in Gründung befindlichen Begabtenförderung eine „Konrad-Adenauer-Stiftung“ errichtet werde. Das ebenfalls unter dem Dach des Vereins Politische Akademie Eichholz 1962 errichtete Institut für Internationale Solidarität, mit dem sich wohl die Mehrheit des CDU-Bundesvorstands schwer tat, erwähnte Dufhues nicht, obwohl gerade Konrad Adenauer dazu den entscheidenden Anstoß gegeben hatte.<sup>1</sup>

### DIE GRÜNDUNG DES INSTITUTS FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Das Institut für Internationale Solidarität begann im Juli 1962 seine Arbeit. Ein Jahr zuvor gab es in der Bundesgeschäftsstelle der CDU Überlegungen, wie die CDU sich in die Bemühungen der Nouvelles Équipes Internationales (NEI), dem Zusammenschluss der europäischen Christ-

1 | Zur Geschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung vgl. Günter Beaugrand, *Die Konrad-Adenauer-Stiftung: Eine Chronik in Berichten und Interviews mit Zeitzeugen*, Sankt Augustin, 2003; zu ihrer internationalen Arbeit vgl. Josef Thesing (Hrsg.), *In der Welt und für die Welt: Konrad-Adenauer-Stiftung: 40 Jahre internationale Zusammenarbeit. Persönliche Erfahrungsberichte*, Sankt Augustin, 2002; Josef Thesing, „Peter Molt – ein weitsichtiger Akteur in der Gründungsphase der Konrad-Adenauer-Stiftung“, in: Theodor Hanf, Hans N. Weiler und Helga Dickow (Hrsg.), *Entwicklung als Beruf: Festschrift für Peter Molt*, Baden-Baden, 2009, 18-31.

lichen Demokraten, für die weltweite Verbreitung christlich-demokratischen Denkens in den Entwicklungsländern einbringen könnte. Die NEI hatten im November 1960 ein Christlich-Demokratisches Studien- und Dokumentationszentrum (CIDCED) in Rom zur Erörterung der gemeinsamen grundsätzlichen Fragen der christlich-demokratischen Parteien gegründet. Es sollte auch dazu beitragen, den Einfluss und die Aktionen der Christlichen Demokraten in Lateinamerika und Afrika zu stärken.<sup>2</sup> Das war dem Drängen der in der 1947 in Montevideo gegründeten Organización Demócrata Cristiana (ODCA) der Christlich-Demokratischen Parteien Lateinamerikas geschuldet, deren Programmatik von europäischen christlichen Sozialphilosophen, insbesondere von Jacques Maritain, inspiriert war. Die ODCA hatte dann mit Hilfe der CDUCE, der Exilorganisation der christlich-demokratischen Parteien Osteuropas, die anfangs sehr zögerliche NEI dazu gebracht, vom 27. bis 30. Juli 1961 einen ersten Weltkongress der Christlichen Demokraten in Santiago de Chile zu veranstalten und dort die Internationale Christlich-Demokratische Union zu gründen, zu deren Vorsitzendem der venezuelanische Politiker Rafael Caldera gewählt wurde.<sup>3</sup> Einige Monate später bekräftigte die NEI auf ihrem 15. Kongress in Luzern vom 12. bis 14. Oktober 1961 den Beschluss ihres 14. Kongresses 1960 in Paris, der sich zur Verpflichtung Europas bekannte, die politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeitsbestrebungen der Entwicklungsländer zu unterstützen und ihnen günstige Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfe zu gewähren.<sup>4</sup> Der Luzerner Kongress unterstrich darüber hinaus die Solidarität mit den christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas und die Bereitschaft, sie bei der Erreichung ihrer Ideale zu unterstützen, und äußerte die Hoffnung, dass sich auch in Afrika christlich-demokratische Bewegungen entfalten würden.<sup>5</sup>

2 | Peter van Kemseke, *Towards an Era of Development: The Globalization of Socialism and Christian Democracy 1945-1965*, Leuven, 2006, 220-238.

3 | Der spätere Präsident Venezuelas (1969-1974 und 1994-1999) war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei Venezuelas, COPEI, und Parlamentspräsident.

4 | Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, IX-002-102/2.

5 | Centre International Démocrate-Chrétien d'Études et de Documentation, Document No. 13, „Nouvelles Équipes Internationales. Résolutions adoptées par les congrès annuels (Decembre 1964)“, im Archiv des Verfassers.

**Die CDU musste klären, wie sie sich anders in die Bemühungen der Weltunion einbringen konnte als mit einer direkten finanziellen Unterstützung von Parteien.**

Für die CDU stellte sich die Frage, ob sie sich in der neu gegründeten Weltunion gegenüber diesen Entwicklungen weiterhin so zurückhaltend wie bisher zeigen oder sich aktiv beteiligen sollte. Sie musste auch klären, wie sie sich in diese Bemühungen anders einbringen konnte als mit einer direkten finanziellen Unterstützung von Parteien, die von einigen Teilnehmern des Luzerner Kongresses mehr oder minder deutlich angesprochen wurde. Die war für sie schon wegen des chronischen Mangels an Parteifinanzien ausgeschlossen. Eine an die Arbeit der Politischen Akademie Eichholz anknüpfende Bildungsarbeit für die Zielgruppe demokratischer Führungs- und Nachwuchskräfte schien dagegen ein mögliches Angebot. Deshalb lud die Politische Akademie Eichholz in Zusammenarbeit mit dem CIDCED für den 27./28. November 1961 zu einer Konferenz von Experten der christlich-demokratischen Parteien Italiens, der Niederlande, Frankreichs, Belgiens, Österreichs, der Schweiz und des Gastlands Deutschland ein, um die Haltung der Christlichen Demokraten Europas zur Entwicklungspolitik und ihre Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Parteien und Organisationen der Entwicklungsländer zu beraten. Die Teilnehmer stimmten überein, dass die Solidarität mit den politischen Kräften und sozialen Bewegungen, die als Grundlage der Politik die geistige und religiöse Bindung der Menschen anerkennen, eine gemeinsame Aufgabe der europäischen Christlichen Demokraten sei und dass die Entwicklungshilfe nicht nur als Wirtschaftshilfe verstanden werden dürfe, sondern auch als Förderung politischer und sozialer Strukturen, die einer Politik aus religiöser Verantwortung entsprächen.<sup>6</sup> Nach der Tagung vereinbarte Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske mit Kai-Uwe von Hassel, auf der Grundlage einer Vorlage des Verfassers, unter dem Dach der Politischen Akademie Eichholz e.V. ein Institut für Internationale Solidarität zu gründen.<sup>7</sup>

6 | ACDP, Fn. 4.

7 | Kai-Uwe von Hassel, damals noch schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, war Stellvertretender CDU-Vorsitzender und engagierte sich besonders für die Entwicklungszusammenarbeit. Zur geplanten Aufgabenstellung für das Institut für Internationale Solidarität siehe Briefwechsel Kraske/von Hassel. ACDP, 07-011-12150.

An der Tagung nahm auch der Belgier August Vanistendael teil, Generalsekretär des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG) und ein alter Bekannter Konrad Adenauers, der ihn schätzte. Er sei „ein ausgezeichneter, guter Mann [...] ich wünschte, wir hätten mehr so kluge Leute, wie er es ist, in Deutschland“.<sup>8</sup> Vanistendael bemühte sich um ein Treffen Calderas mit Bundeskanzler Adenauer, das am 2. Februar 1962 in dessen Haus in Rhöndorf stattfand.<sup>9</sup> Caldera übergab dabei Adenauer ein unter maßgeblicher Mitwirkung Vanistendaels erstelltes „Memorandum lateinamerikanischer Christlicher Demokraten“<sup>10</sup>, in dem konkrete Wege der Unterstützung aufgezeigt wurden und zum ersten Mal auch vorgeschlagen wurde, dafür eine „Konrad-Adenauer-Stiftung“ zu gründen. Der 46-jährige Caldera und der 86-jährige Adenauer verstanden sich von Anfang an, Adenauer wurde Calderas großes Vorbild.

Abb. 1



Bundeskanzler Konrad Adenauer trifft 1962 den venezuelanischen Politiker Rafael Caldera. | Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP).

- 8 | *Adenauer. Teegespräche 1961-1963*, Rhöndorfer Ausgabe, bearb. von Hans-Peter Mensing, Berlin, 1992, Nr. 10, 114.
- 9 | Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Archiv (StBKAH), III/60, 089-093.
- 10 | Eine Kopie der handschriftlichen deutschen Fassung (im Besitz des Verfassers) trägt die Zeitangabe „Caracas Januar 1962“. Das Original befand sich im Privatarchiv Vanistendael, jetzt vermutlich im Archiv der Katholischen Universität Leuven, KADOC, „Plaatsingslijt van het archief August Vanistendael No. 653“, Briefumschlag, „Politische Akademie Eichholz 1961-62“.

Wenige Tage nach diesem Gespräch fand am 8. Februar 1962 unter dem Vorsitz Kai-Uwe von Hassels eine Sitzung des künftigen Vorstands des geplanten Instituts statt.<sup>11</sup> Anfang März 1962 stimmte Bundeskanzler Adenauer mündlich in einem Arbeitsgespräch mit Kraske der Gründung zu,<sup>12</sup> so dass, nach weiteren Vorkläarungen,<sup>13</sup> das Institut für Internationale Solidarität am 1. Juli 1962 offiziell seine Arbeit aufnehmen konnte. Das Bundeskanzleramt übermittelte dem neuen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) die Anregung, aus den in seinem Haushalt für Aufgaben der Bildungs- und Sozialhilfe zur Verfügung stehenden Mitteln einen Betrag für Maßnahmen der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit in den Entwicklungsländern vorzusehen, der ausschließlich der Politischen Akademie Eichholz e.V., der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Verfügung stehen sollte, um, wie von Adenauer zugesagt, zunächst das Bildungsinstitut INES der christlichen Gewerkschaften Venezuelas sowie einige ähnlich gelagerte Anträge der Friedrich-Ebert-Stiftung zu finanzieren.<sup>14</sup>

Mit der Gründung des Instituts für Internationale Solidarität erhielt die CDU nicht nur ein außen- und entwicklungspolitisches Instrument,<sup>15</sup> sondern es wurde auch die Grundlage für das System der Politischen Stiftungen gelegt. In den Darstellungen der Geschichte der Politischen Stiftungen wird zumeist die Pionierrolle der Friedrich-Ebert-Stiftung hervorgehoben. Diese vergab seit 1958 Stipendien

11 | ACDP, 07-001-12150.

12 | Der Verfasser nahm zu diesem Punkt an der Besprechung teil.

13 | Vgl. verschiedene Arbeitsbesprechungen, ebd.; eine Erkundungsreise des Abg. Gewandt und des Verfassers nach Lateinamerika (Bericht im Archiv des Verfassers) und des Auslandsreferenten der CDU-Bundesgeschäftsstelle Walter Molt nach Afrika, ACDP, 07-004-155/1.

14 | Vermerk Molt vom 08.05.1962 über eine Sitzung des interministeriellen Lenkungsausschusses für Entwicklungshilfe am 02.05.1962, ACDP, Fn. 11. So auch Winfried Böll, „Staats- und Regierungsorganisationen in der Entwicklungspolitik – Komplementarität oder Konkurrenz?“, in: Michael von Hauff und Werner Heinecke (Hrsg.), *Komplementarität oder Konkurrenz? Zum Verhältnis von staatlichen und privaten Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit*, Ludwigsburg/Berlin, 1991, 18.

15 | Die Politischen Stiftungen waren damals – vor den späteren Urteilen des Bundesverfassungsgerichts – personell noch eng an die jeweilige Partei angebunden. Den Wert des Instituts erkannte die CDU erst nach 1969, als die Partei in der Opposition war.

an Studenten aus den Entwicklungsländern und führte in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund von der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts und dem Bundeswirtschaftsministerium finanzierte Ausbildungskurse für Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitarbeiter aus den Entwicklungsländern durch. Die eigentliche Auslandsarbeit in den Entwicklungsländern konnte die Friedrich-Ebert-Stiftung jedoch, ebenso wie das Institut für Internationale Solidarität, erst mit den neuen finanziellen Möglichkeiten, die sich durch die Gründung des BMZ ergaben, beginnen.<sup>16</sup> Die Verantwortlichen der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung sahen, dass sie mit einer substantziellen Ausweitung ihrer entwicklungspolitischen Arbeit nur dann rechnen konnten, wenn es auch im Umfeld der Regierungsparteien ähnliche Institutionen gab. So kam es zum Einverständnis zwischen den Haushaltspolitikern der CDU, SPD und FDP, die internationale Arbeit der parteinahen Stiftungen in den Entwicklungsländern aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren.<sup>17</sup> Damit entstand ein Instrument der internationalen Beziehungen, „eine ‚deutsche Eigenheit‘, die auf der ganzen Welt ihresgleichen sucht“<sup>18</sup>, und das so erfolgreich wurde, dass es seit den 1980er Jahren zum Vorbild der politischen Stiftungen der USA, Großbritanniens und anderer Länder wurde.

**Durch den Entschluss, parteinahe Stiftungen aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren, entstand ein Instrument der internationalen Beziehungen, das zum Vorbild der politischen Stiftungen anderer Länder wurde.**

16 | „Die internationalen Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung hatten bis zu den frühen 60er-Jahren zwar einen gewissen Umfang angenommen. Aber erst mit der Gründung des BMZ wurden Fundamente gelegt, die eine umfassende und vor allem kontinuierliche und langfristige Arbeit ermöglichten.“ Patrick von Zurmühlen, *Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung: Von den Anfängen bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes*, Bonn, 2007, 59.

17 | Dafür wurde ein Verteilungsschlüssel 40:40:20 zunächst inoffiziell zwischen den Stiftungen vereinbart. Eine offizielle Festlegung für den Titel 2302 305 und 05 302 d & h erfolgte erst für den Bundeshaushalt 1965 (Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Ausschuss für Entwicklungshilfe, 46. Sitzung am 03.12.1964 und Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Haushaltsausschuss, 157.Sitzung am 10.12.1964: „Abg. Dr. Althammer weist darauf hin, dass zwischen den beteiligten Organisationen das Beteiligungsverhältnis unstrittig sei.“

18 | Rudolf Schloz, *Deutsche Entwicklungspolitik: Eine Bilanz nach 25 Jahren*, München, 1979, 107; ähnlich Michael Pinto-Duschinsky, „Foreign political aid: The German political foundations and their US-counterparts“, in: *International Affairs*, Bd. 67, Nr. 1, 01/1991, 33-64, sowie Von Zurmühlen, Fn. 16, 10, 31, 32, 259.

**Nur in der Konstellation der Eigenständigkeit der Entwicklungspolitik öffneten sich die Fenster zu einem neuen Politikfeld für ideenreiche, vorausschauende und die Chancen nutzende Politiker.**

Weder die Stipendien und Seminare der Friedrich-Ebert-Stiftung noch der von der NEI ausgehende Anstoß zu einer engeren Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Christlichen Demokraten hätten allerdings für eine dauerhafte Verankerung der entwicklungspolitischen Arbeit der Politischen Stiftungen ausgereicht. Nur in der Konstellation der Eigenständigkeit der Entwicklungspolitik als Folge der Koalitionsbildung und der außenpolitischen Situation der frühen 1960er Jahre öffneten sich die Fenster zu einem neuen Politikfeld für ideenreiche, vorausschauende und die Chancen nutzende Politiker und ihre Mitarbeiter.<sup>19</sup>

### **DIE ARBEIT DES INSTITUTS FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IM KONTEXT DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**

Der Anfang der deutschen Entwicklungspolitik liegt bereits in den frühen 1950er Jahren. Da die Bundesrepublik nicht Mitglied der Vereinten Nationen war, strebte die Regierung Adenauer nach anderen Möglichkeiten, um Deutschland in der internationalen Staatengemeinschaft zu positionieren, wie etwa mit finanziellen Beiträgen zu Organisationen und Programmen der VN, zur Weltbank und zur Europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Die damals schon von den Verbündeten erhobenen Forderungen nach einer stärkeren finanziellen Beteiligung der jungen Bundesrepublik an der beginnenden internationalen Entwicklungshilfe wurden mit dem Hinweis auf die Kriegsfolgelasten, die Kapitalknappheit der Bundesrepublik, die finanziellen Belastungen durch das Londoner Schuldenabkommen und die Entschädigungen für Israel zurückgewiesen.

In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts sahen sich dann die USA und Großbritannien wegen der wachsenden Zahl der neu unabhängig gewordenen Länder und den Bemühungen der Sowjetunion, dort Einfluss zu gewinnen, vor immer größere Herausforderungen gestellt. Es zeigte sich, dass im Ost-West-Konflikt militärische Mittel allein nicht ausreichten, sondern dass dafür auch wirtschaftliche und soziale

<sup>19</sup> | Michael Bohnet, *40 Jahre Brücken zwischen Entwicklungsfor-*  
*schung und Entwicklungspolitik: Ökologische, ökonomische,*  
*politische, soziale und kulturelle Bezüge*, Bonn, 2011, 45-47.

Hilfe erforderlich war, wie sie bereits Präsident Harry S. Truman 1949 in seinem Point-Four-Programm angesprochen hatte. Die daraus zusätzlich zu den Militärausgaben sich ergebenden finanziellen Belastungen vergrößerten die Defizite in der Zahlungsbilanz der beiden Mächte. Deshalb verlangten sie von der Bundesrepublik Deutschland immer nachdrücklicher eine stärkere Beteiligung an der Entwicklungshilfe als Kompensation für die Deutschland gegebene Marshallplanhilfe und die Kosten der Truppenstationierung.

Bundeskanzler Adenauer sah sich schließlich veranlasst, auf der NATO-Tagung der Regierungschefs im Dezember 1957 in Paris eine grundsätzliche Zusage für eine größere Beteiligung zu geben.<sup>20</sup> Außenminister Heinrich von Brentano begründete die daraus entstehenden Lasten am 23. Januar 1958 vor dem Deutschen Bundestag: „Die politische Entwicklung seit dem Zusammenbruch des Jahres 1945 und die geografische Lage haben das deutsche Volk vor besondere Aufgaben und Probleme gestellt, von denen wir wohl wissen, dass wir sie allein nicht zu lösen in der Lage sind. Probleme aber auch, von denen wir befürchten müssen, dass sie ohne Rücksicht auf das Lebensinteresse des deutschen Volkes gelöst werden würden, wenn wir durch eine fehlerhafte Politik die Unterstützung der freien Welt verlieren und das tödliche Risiko einer selbst gewählten Isolierung auf uns nehmen wollen.“<sup>21</sup>

Gegen die Umsetzung dieser Zusage gab es im Bundeskabinett jedoch weiterhin Widerstand. Neben marktwirtschaftlichen Vorbehalten gegen Transferleistungen, die vor allem von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard vertreten wurden, war die Mehrheit besorgt, dass Deutschland in die sich aus der Dekolonisierung ergebenden Konflikte verwickelt werden könnte.<sup>22</sup> Dazu kam, dass eine bilaterale deutsche technische und personelle Hilfe an die neu unabhängig gewordenen Länder von den bisherigen Kolonialmächten in Afrika und Asien und von

**Neben marktwirtschaftlichen Vorbehalten gegen Transferleistungen war die Mehrheit des Kabinetts besorgt, dass Deutschland in die sich aus der Dekolonisierung ergebenden Konflikte verwickelt werden könnte.**

20 | Rede Konrad Adenauers am 16.12.1957 auf der NATO-Tagung in Paris, auszugsweise abgedruckt in *Le Monde*, 17.12.1957, 2.

21 | Stenografische Protokolle des Deutschen Bundestages, 3. Sitzungsperiode, 9. Sitzung, 11.01.1958, 298-299.

22 | 167. Sitzung (Fortsetzung) am 16.01.1957, in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bundesarchiv (BArch) (Hrsg.), Bd. 10/1957, München, 2000, 101-102.

den USA in Lateinamerika kritisch gesehen wurde. Die Alliierten wollten, wie es auch Adenauer richtig sah,<sup>23</sup> ihre „Domänen“ bewahren. Als zusätzlicher Hemmschuh erwiesen sich die andauernden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesfinanzministerium.

Der Druck der amerikanischen Regierung auf die Bundesregierung nahm zu, als 1959 durch die Revolution unter Fidel Castro und das russische Engagement in Kuba die USA ihre Sicherheit unmittelbar bedroht sahen und zudem weitere sozialrevolutionäre Entwicklungen in Südamerika befürchteten. Auch im französischen Kolonialreich bestand die Gefahr des Abdriftens von Algerien und Guinea in das kommunistische Fahrwasser. Gleichzeitig nahmen als Folge der expansionistischen Politik Nikita Chruschtschows auch die Spannungen um den Status von Berlin zu, die im Mauerbau am 13. August 1961 und in der Konfrontation russischer und amerikanischer Panzer am 17. Oktober 1961 am Checkpoint Charlie gipfelten. Die Welt stand – so sahen es Adenauer und die von den historischen Erfahrungen der beiden Weltkriege geprägten Minister – vor dem Abgrund eines neuen weltweiten Krieges zwischen den beiden Supermächten. Adenauer war zutiefst besorgt, dass der neue, junge US-Präsident John F. Kennedy und sein Außenminister Dean Rusk dem russischen Druck zum Nachteil des Status von Berlin und Deutschland nachgeben und grundsätzliche Positionen aufgeben könnten.

Aus diesem Grund drängte er im Kabinett immer nachdrücklicher darauf, den Wünschen der USA nach mehr Entwicklungshilfe zu entsprechen. Adenauer wollte dafür sichtbare Zeichen setzen. Zunächst wurden im Entwicklungsausschuss der OECD für die Jahre 1960 bis 1965 deutsche Kapitalhilfen in Höhe von drei Milliarden DM zugesagt. Der Dauerstreit um Kompetenzen zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium, der die Umsetzung der Zusage und die Effizienz einer größeren deutschen Entwicklungshilfe zu blockieren drohte, wurde damit von einem administrativen zu einem außenpolitischen Problem.<sup>24</sup>

23 | StBKAH, Fn. 9; *Adenauer. Teegespräche 1961-1963*, Fn. 8, 358.  
24 | 149. Sitzung am 31.05.1961, in: *Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd. 14/1961, BArch (Hrsg.), München, 2000, 185-187.

Deshalb wurde im Bundeskanzleramt überlegt, nach den Bundestagswahlen 1961 die Zuständigkeit für die Entwicklungshilfe insgesamt dem Auswärtigen Amt mit einem zusätzlichen Staatssekretär als „Beauftragter für die Koordination der Entwicklungshilfe“ zuzuordnen.<sup>25</sup> In den Koalitionsverhandlungen mit der FDP nach der Bundestagswahl, bei der die CDU die absolute Mehrheit verlor, wurde, da die FDP wegen ihrer kritischen Haltung zu Adenauers Außenpolitik einen Minister in diesem Bereich wollte, ein Entwicklungsministerium, aber auch ein Staatsminister im Auswärtigen Amt oder ein Europaministerium erwogen. Für Adenauer hatte ein eigenes Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit den Vorteil, das von ihm außenpolitisch gewünschte Zeichen zu setzen und die Einseitigkeiten, aber auch die wechselseitige Blockade des Auswärtigen Amtes und des Bundeswirtschaftsministeriums zu überwinden. Gegen den vehementen Protest Brentanos und Erhards, der sogar mit seinem Rücktritt drohte, setzte Konrad Adenauer die Gründung des BMZ durch,<sup>26</sup> zumal er auch einen großen Teil der Fraktion hinter sich wusste. Walter Scheel, der im Europaparlament Vorsitzender des Entwicklungshilfeausschusses war, wurde Entwicklungsminister. Adenauer schlug ihm den bisher im Bundeskanzleramt für die Entwicklungshilfe zuständigen Abteilungsleiter Friedrich Vialon wegen seiner Verwaltungserfahrung als Staatssekretär vor. Das hatte für den Bundeskanzler den Vorteil, über die weitere Entwicklung gut unterrichtet zu sein und notfalls auch steuernd eingreifen zu können.

**Gegen den vehementen Protest Brentanos und Erhards, der sogar mit seinem Rücktritt drohte, setzte Adenauer die Gründung des BMZ durch.**

Für das neue Ministerium war zunächst nur eine koordinierende Funktion vorgesehen. Nach schwierigen Verhandlungen einigte sich Scheel mit Rolf Otto Lahr, dem zuständigen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, der auch seinen Kollegen vom Bundeswirtschaftsministerium vertrat, auf einen Kompromiss. Dieser enthielt Bestimmungen, die dem BMZ in den folgenden Jahren erlaubten, „eine Strategie der bewussten Kompetenzzaneignung“<sup>27</sup> zu verfolgen. Die bewusste Unschärfe der Kompetenzregelung für das neue

25 | Vermerk Vialon an den Bundeskanzler, 09.05.1961, ACDP, 001-475-015/10.

26 | So auch Von Zurmühlen, Fn. 16, 62.

27 | Bastian Hein, *Die Westdeutschen und die Dritte Welt: Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959-1964*, München, 2006, 46.

Ministerium wurde durch einen Brief von Staatssekretär Hans Globke an alle zuständigen Ministerien festgeschrieben, der terminlich so in den Umlauf gebracht wurde, dass ein Einspruch praktisch unmöglich war, „ein Meisterstück Adenauer-Globkescher Virtuosität im Umgang mit Kabinett und Administration“.<sup>28</sup> Der Haushaltstitel für Technische Hilfe ging vom Auswärtigen Amt in den Haushaltsplan des neuen Ministeriums, wenn auch die Projektbewilligung weiterhin dem Interministeriellen Lenkungsausschuss für Entwicklungshilfe oblag. Der eigentliche Architekt der Kompetenzerweiterung wurde aber, wie von Adenauer erwartet, Staatssekretär Vialon. Seiner gekonnten Taktik gegenüber den anderen Ministerien ist die Konsolidierung und schrittweise Kompetenzausweitung des BMZ zu verdanken, vor allem mit Hilfe der Bestimmung, dass dem BMZ die Zuständigkeit für alle neu auftretenden Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit zugesprochen wurde. So erlangte das BMZ schon im Haushalt 1962 die Zuständigkeit für die Bildungs- und Sozialhilfe, wozu auch die Bezuschussung der kirchlichen Hilfswerke, der privaten Organisationen und der Politischen Stiftungen zählte.

Bereits 1960 hatte Adenauer vorgeschlagen, die Kirchen als Partner der staatlichen Entwicklungshilfe zu gewinnen und entsprechend zu fördern.<sup>29</sup> Aus Adenauers Sicht konnten die Kirchen wegen der sozialen und kulturellen Kompetenz ihrer Missionare einen qualifizierten Beitrag für die soziale Stabilisierung der Gesellschaften in den Entwicklungsländern leisten. Ein zusätzliches Argument für die Unterstützung der Hilfswerke war der unerwartete Erfolg der Spendenkampagnen, die damit eine Eigenleistung etwa in der Höhe der staatlichen Unterstützung aufbrachten. Mit den kirchlichen Hilfswerken gewann die staatliche Entwicklungspolitik langfristige, verlässliche Partner und Unterstützer, die auch die Akzeptanz der Entwicklungshilfe in der Bevölkerung stützten.

**Mit den kirchlichen Hilfswerken gewann die staatliche Entwicklungspolitik langfristige, verlässliche Partner und Unterstützer, die auch die Akzeptanz der Entwicklungshilfe in der Bevölkerung stützten.**

28 | Jürgen Dennert, *Entwicklungshilfe, geplant oder verwaltet? Entstehung und Konzeption des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit*, Bielefeld, 1968, 52. Der Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 29.01.1962 entsprach diesem Brief.

29 | 115. Sitzung am 20.07.1960, TOP 6, in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 13/1960, BArch (Hrsg.), München, 2003; 149. Sitzung am 31.05.1961, Fn. 24.

Die Bedeutung, die Adenauer den gesellschaftspolitischen Entwicklungen in den Entwicklungsländern zumaß, wird noch deutlicher in seiner Zustimmung zur internationalen Arbeit der Politischen Stiftungen. Deren Einbeziehung in die Aufgaben des BMZ wurde vor der Bildung der neuen Regierung nicht erörtert,<sup>30</sup> aber Adenauer erkannte intuitiv, welches politische Potenzial durch ihre Beteiligung erschlossen werden konnte. Davon zeugt auch ein Gespräch Adenauers mit dem Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, Günter Grunwald, in dem er seine Anerkennung für die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung ausdrückte und Bundesminister Heinrich Krone fragte, ob die CDU nicht auch „so etwas“ machen könne.<sup>31</sup>

**Adenauer erkannte intuitiv, welches politische Potenzial durch die Einbeziehung der Politischen Stiftungen in die Aufgaben des BMZ erschlossen werden konnte.**

### **KONRAD ADENAUER UND DIE CHRISTLICHEN DEMOKRATEN LATEINAMERIKAS**

Das Schlüsselereignis für die Initiative Adenauers ist das erwähnte Gespräch mit Caldera am 2. Februar 1962. Adenauer wusste über Vanistendael nicht nur von den Bemühungen der Weltunion der Christlichen Demokraten, sondern auch von der Aufmerksamkeit der Kennedy-Regierung für die lateinamerikanischen Reformkräfte, zu denen die Christlichen Demokraten gehörten. Möglicherweise hatten ihn der amerikanische Außenminister Dean Rusk und der Senator und spätere Vizepräsident Hubert Humphrey auch direkt auf das amerikanische Interesse angesprochen.<sup>32</sup> Dass Adenauer Caldera trotz einer gerade überstandenen schweren Erkrankung und eines übervollen Terminkalenders im Februar 1962 empfing, zeigt, dass er das Thema der Unterstützung der Reformen in Lateinamerika für eine besondere Möglichkeit hielt, dem amerikanischen Präsidenten den guten Willen und das Potenzial Deutschlands

30 | Von Zurmühlen, Fn. 16, 63, berichtet, dass Günter Grunwald bald nach der Vereidigung Scheels (also etwa zur gleichen Zeit wie die Tagung in Eichholz, s.o. und Fn. 6, der Verf.) Verbindung mit Scheel aufgenommen und ihm vorgeschlagen habe, die Zusammenarbeit mit Parteien und Gewerkschaften in den Aufgabenbereich des neuen Ministeriums aufzunehmen.

31 | Von Zurmühlen, Fn. 16, 69.

32 | Über eine Aufforderung von Rusk und Humphrey, die Friedrich-Ebert-Stiftung möge sich stärker in Lateinamerika engagieren, der kommunistischen Infiltration zu begegnen, da die USA nicht den richtigen Zugang zu den Lateinamerikanern hätten, berichtet Von Zurmühlen. Ebd., 121, 195.

und der CDU zur Eindämmung des Kommunismus in Lateinamerika zu zeigen. Konrad Adenauer war nicht nur von tiefem Misstrauen erfüllt, dass Kennedy gegenüber der expansiven Politik der Sowjetunion zu Lasten des Status von Berlin und Deutschlands Konzessionen machen könnte, er

**Adenauer befürchtete, dass die sozialrevolutionären Unruhen in Lateinamerika die USA so beanspruchen könnten, dass sie deshalb ihre sicherheitspolitischen Interessen in Europa und Deutschland vernachlässigten.**

zweifelte auch, dass die Amerikaner allein der Ausstrahlung des kubanischen Beispiels wirksam begegnen könnten. Er befürchtete, dass die sozialrevolutionären Unruhen in Lateinamerika die USA so beanspruchen könnten, dass sie deshalb ihre sicherheitspolitischen Interessen in Europa und Deutschland vernachlässigten. Militärische und wirtschaftliche Hilfe hielt er nicht für ausreichend, den sozialrevolutionären Unruhen den Boden zu entziehen. Bereits vor dem Bau der Berliner Mauer und der Kubakrise im Herbst 1961 unterstrich er die Notwendigkeit nachdrücklicher Wirtschaftshilfe für die lateinamerikanischen Staaten und die Bedeutung gefestigter sozialer Verhältnisse im Hinblick auf eine Unterwanderung dieser Länder durch den Kommunismus, der vom Entstehen eines akademischen Proletariats profitiere. Zwar blieb Konrad Adenauer bei seiner Meinung, dass in erster Linie die USA sich um Lateinamerika kümmern müssten, aber er war zu einer ergänzenden Hilfe bereit.<sup>33</sup>

Das Memorandum Vanistendaels und das Gespräch mit Caldera bestärkten Adenauer in dieser Ansicht. Die Unterredung mit Caldera und Vanistendael erwähnte er immer wieder in seinen Gesprächen mit ausländischen Politikern und Journalisten, so mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle am 15. Februar 1962 in Baden-Baden<sup>34</sup> und mit Henry Kissinger, damals Berater Kennedys.<sup>35</sup> Er betonte dabei, dass die US-Regierung und die einflussreichen amerikanischen Gewerkschaften die Lateinamerikaner falsch behandelten, und deren „geistige Einstellung“ nicht verstünden. Sie ständen kulturell den

33 | 153. Sitzung am 28.06.1961, TOP 2, in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 14/1961, BArch (Hrsg.), München, 2004; *Adenauer. Teegespräche 1961-1963*, Fn. 8, 358.

34 | „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1962“, Institut für Zeitgeschichte (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes), 3 Bde., München, 2010, Nr. 73, 372 ff.; Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1959-1963. Fragmente*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1968, 136.

35 | StBKAH, III/60 040.

Europäern viel näher.<sup>36</sup> In der Unterredung mit dem Bruder des Präsidenten, Justizminister Robert Kennedy, am 24. Februar 1962 in Bonn übergab er diesem das ihm von Caldera überlassene Memorandum mit der Bitte um Prüfung. Er meinte dazu, die Südamerikaner fühlten sich von den USA schlecht behandelt. In der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus gehe es in erster Linie um eine ideologische Auseinandersetzung, deshalb brauche der Westen unbedingt eine eigene einheitliche Ideologie, die auf dem Boden des Christentums und der Humanität gründen müsse. Leider habe die amerikanische Regierung in den vergangenen Jahren nicht immer genügend Rücksicht auf die Wahrung der ideellen Einheit des Westens genommen.<sup>37</sup>

Bei seinem letztem Besuch John F. Kennedys in Washington am 14. November 1962 stellte sich Adenauer vorbehaltlos hinter die entschiedene amerikanische Reaktion gegen den Versuch der Sowjetunion, in Kuba Raketen zu stationieren. Adenauer sprach in diesem Zusammenhang die Lage in Südamerika an und sein gutes persönliches Verhältnis zu Caldera, „der dort eine CDU gegründet“ habe. Er gab zu bedenken, ob nicht die USA und Europa gemeinsam einen Marshallplan für Südamerika begründen könnten.<sup>38</sup> Was er in dem Gespräch nicht ansprach, aber im Vorfeld erwogen hatte, war die direkte Unterstützung der christlichen Gewerkschaften und christlich-demokratischen Parteien.<sup>39</sup> Über die in Vorbereitung befindlichen Projekte des Instituts für Internationale Solidarität war das US-amerikanische Außenministerium allerdings bereits direkt über die Botschaft in Bonn informiert.<sup>40</sup>

36 | StBKAH, Fn. 9.

37 | StBKAH, III/60 001. Weitere dazu nachgewiesene Äußerungen: *Adenauer. Teegespräche 1961-1963*, Fn. 8, Nr. 10, 114-116; „Akten zur Auswärtigen Politik 1962“, Fn. 34, Nr. 296, 1316-1320.

38 | „Akten zur Auswärtigen Politik 1962“, Fn. 34, Nr. 445, 1903 und Anm. 14, 15.

39 | Horst Osterheld, *Ich gehe nicht leichten Herzens: Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht*, Mainz, 1986, 160.

40 | Die amerikanische Botschaft in Bonn wandte sich im Zusammenhang mit einem Besuch des amerikanischen Außenministers Dean Rusk im Sommer 1962 an den Bundesgeschäftsführer der CDU Kraske mit der Bitte über die Aktivitäten des Instituts für Internationale Solidarität in Lateinamerika unterrichtet zu werden. Dieser wies darauf den Verfasser an, die amerikanische Botschaft regelmäßig zu informieren.

Nach diesen Gesprächen verfolgte Bundeskanzler Adenauer weiter seine Erwägung, über die auf seine Anweisung hin begonnene gesellschaftspolitische Bildungsarbeit hinaus die lateinamerikanischen Christlich-Demokratischen Parteien zu unterstützen.<sup>41</sup> Aktuell war dies für die im September 1964 anstehenden Präsidentschaftswahlen in Chile. Hier rechnete sich die Christlich-Demokratische Partei Chiles (PDC) für ihren Kandidaten Eduardo Frei gute Chancen aus. Allerdings war auch nicht auszuschließen, dass der Kandidat der Vereinigten Linken, Salvador Allende, die Wahl gewinnen würde. Die US-Regierung befürchtete – nicht unberechtigt, wie sich sechs Jahre später zeigte,<sup>42</sup> – ein zweites Kuba, das heißt ein mit der Sowjetunion

**Der Wahlkampf der chilenischen Präsidentschaftswahlen 1964 war ein erster Fall des über demokratische Wahlen ausgetragenen Kalten Krieges in Lateinamerika.**

verbundenes kommunistisch-totalitäres Regime. Der Wahlkampf der chilenischen Präsidentschaftswahlen am 4. September 1964 war ein erster Fall des über demokratische Wahlen ausgetragenen Kalten Krieges in Lateinamerika. Tatsächlich wurde der Wahlkampf von Eduardo Frei – ohne sein Wissen – zu großen Teilen von der US-amerikanischen Regierung finanziert, allerdings erst ab April 1964.<sup>43</sup> Auf Veranlassung des Bundeskanzleramts wurde der Wahlkampfleitung der PDC jedoch schon wesentlich früher, im Sommer 1963, ein größerer Beitrag übergeben,<sup>44</sup> für den sich Eduardo Frei nach seinem Wahlsieg bei Adenauer persönlich bedankte. Diese Hilfe war nicht nur für den Start des Wahlkampfes, sondern auch für die chilenische öffentliche Meinung wichtig, denn der frühe Zeitpunkt der Hilfe aus Deutschland verdeckte die spätere Finanzierung durch die amerikanische Regierung, die, wenn sie bekannt geworden

41 | Vgl. Osterheld, Fn. 39.

42 | So Eduardo Freis persönliche Analyse der Präsidentschaftswahlen 1970 und der folgenden Ereignisse in einem Brief an Mariano Rumor, damals Präsident der IUCD. Cristián Gazmuri, *Eduardo Frei Montalva y su Epoca*, Santiago de Chile, 2000, 476-496.

43 | „Chile 1964: CIA Covert Support in Frei Election Detailed“, *The National Security Archive*, <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/news/20040925/index.htm> [10.02.2012].

44 | Nach Heinrich Gewandt MdB, der in diesen Vorgang involviert war, ließ die amerikanische Regierung Bundeskanzler Konrad Adenauer wissen, dass sie eine Wahlkampfhilfe für Frei begrüßen würde. Dieselbe Mitteilung erhielt auch der italienische Ministerpräsident Aldo Moro (mdl. Mitteilungen Gewandts und des Kabinettschefs von Aldo Moro Sereno Freato an den Verfasser).

wäre, sich höchst negativ auf den Wahlausgang hätte auswirken können.<sup>45</sup>

Konrad Adenauer beschränkte sich jedoch nicht auf die Fürsprache bei der Kennedy-Administration und die Vermittlung finanzieller Hilfe, sondern verfolgte auch weiterhin aufmerksam die politischen Vorgänge in Lateinamerika. Dazu hatte er neben seinem Gewährsmann Vanistendael als zusätzliche Informationsquelle Hermann Görgen, Bundestagsabgeordneter von 1957 bis 1961, der seit 1957 „Beauftragter des Presse- und Informationsamts für Sonderaufgaben in Lateinamerika“ und zusätzlich seit 1959 „Beauftragter des Bundeskanzlers für Brasilien“ war.<sup>46</sup> In den letzten Jahren seiner Regierung, aber auch danach, war Adenauer, soweit es seine Zeit erlaubte, am Gedankenaustausch mit den neuen Partnern interessiert und zu Begegnungen mit ihnen bereit.<sup>47</sup> Auch kümmerte er sich weiterhin um die finanzielle Unterstützung der lateinamerikanischen Christlichen Demokraten. Auf seine Initiative hin wurde 1963 der nach der Machtergreifung Hitlers nach Brasilien geflüchtete frühere Zentrumsolitiker Johannes Schauff in den Institutsvorstand aufgenommen.<sup>48</sup> Als 1965 in Rom von Politikern verschiedener europäischer

45 | *Der Spiegel* berichtete über die Wahlkampfhilfe an Frei und zitierte Adenauer mit dem sonst nicht belegten Ausspruch: „Kommunisten und Sozialisten helfen sich untereinander. Warum sollen wir uns nicht gegenseitig unterstützen?“. Die Probleme, in die durch diese Wahlkampfhilfe das Institut für Internationale Solidarität geriet, werden weiter unten erörtert. *Der Spiegel*, 16.09.1964, Nr. 38, 94-96.

46 | Hermann Görgen war auch Gründer des Lateinamerikazentrums Bonn und der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft. Zu seiner Lebensgeschichte: Hermann Görgen, *Ein Leben gegen Hitler*, Münster, 1997.

47 | Nicht sicher ist, ob Eduardo Frei, der während einer kurzen Wahlkampfreise 1963 Bundeskanzler Erhard sah, damals auch mit Adenauer sprach. Er traf aber ihn aber anlässlich seines Staatsbesuchs am 21.07.1965 (StBKAH, 04, 18). Nachgewiesen sind ferner 1963 Gespräche Adenauers mit dem Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Partei Brasiliens, Arbeitsminister Franco Montoro und mit einer Delegation christlich-demokratischer Politiker unter Leitung von Tomás Reyes Vicuña, damals Generalsekretär der ODCA. Als Caldera in seiner Eigenschaft als Präsident der IUCD am CDU-Bundesparteitag 1965 in Düsseldorf teilnahm, gab Adenauer als CDU-Vorsitzender ihm zu Ehren ein Abendessen (ACDP, 007-004-155/1).

48 | Dieter Marc Schneider, *Johannes Schauff (1902-1990): Migration und „stabilitas“ im Zeitalter der Totalitarismen*, München, 2001, 97-98, 137.

christlich-demokratischer Parteien zur Unterstützung der lateinamerikanischen Christlichen Demokraten die Fondation Internationale de Solidarité gegründet wurde, übernahm Schauff auf Drängen Adenauers deren Vorsitz.<sup>49</sup>

Die Christliche Demokratie in Lateinamerika sah Adenauer nicht nur als eine antikommunistische Kraft, sondern als Teil einer weltweiten christlich-demokratischen Wertegemeinschaft, wie mehrere Äußerungen belegen.<sup>50</sup> Die Bejahung der Zusammenarbeit mit ihnen ist wohl auch den eigenen

Erfahrungen der Nachkriegsjahre geschuldet, als es darum ging, Deutschland und damit auch die CDU aus der internationalen Isolation herauszuführen. Adenauer gelang es, ein persönliches Vertrauensverhältnis zu gleich-

**Adenauer gelang es, ein persönliches Vertrauensverhältnis zu gleichgesinnten Politikern der Nachbarländer als Voraussetzung für die europäische Einigung zu schaffen.**

gesinnten Politikern der Nachbarländer als Voraussetzung für die europäische Einigung zu schaffen. Dafür spielten die NEI und vertrauliche Gespräche christlich-demokratischer Politiker eine maßgebliche Rolle.<sup>51</sup> Mit dem Niedergang der französischen Partnerpartei MRP verlor die NEI an Gewicht, trotzdem gab Adenauer auch weiterhin der wertorientierten Verbindung Christlicher Demokraten den Vorzug vor bloßer zeitweiliger und pragmatischer Kooperation, etwa mit der gaullistischen UNR.<sup>52</sup> Insofern entsprach die Entscheidung des Instituts für Internationale Solidarität, zunächst den Schwerpunkt seiner Projekte auf die Zusammenarbeit mit den Christlich-Demokratischen Parteien und christlich-sozialen Bewegungen Lateinamerikas zu legen, die ein ideelle und wertebestimmte Option vertraten, Adenauers Vorstellungen und Erfahrungen vom Potenzial einer auf gemeinsamen Werten beruhenden politischen Zusammenarbeit gleichgesinnter Parteien und sozialer Organisationen.

49 | Ebd. 141-144.

50 | StBKA, Fn. 9; dies., II/46; StBKAH, II/46, 188 (Übersetzung); dies., II/46, 185; dies., II/42, 265; Osterheld, Fn. 39, 132 und Anm. 2; Vorwort zu Peter Molt (Red.), *Politica Alemana, Vision Cristiana*, Bonn, 1965, 1.

51 | Hans-Peter Schwarz, *Adenauer – der Aufstieg 1876-1952*, Stuttgart, 1986, 557-564.

52 | Konrad Adenauer, *Die letzten Lebensjahre 1963-67. Briefe und Aufzeichnungen, Gespräche, Interviews und Reden*, Rhöndorfer Ausgabe, Paderborn, 2009, Bd. II, Nr. 76, 234, 308, 464.

## **ANFANGSERFOLGE UND SCHWIERIGKEITEN DES INSTITUTS FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT**

Nachdem noch 1962 der Anfang gemacht war, mit Seminaren für junge lateinamerikanische Politiker, mit der Bewilligung des Gewerkschaftsinstituts in Caracas und der Entsendung des ersten Auslandsmitarbeiters, gelang es in den folgenden Jahren, in Lateinamerika zügig ein Netz von gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen zu unterstützen und auch eine enge Zusammenarbeit mit dem kontinentalen Institut für Christlich-Demokratische Bildung (IFEDEC) unter Aristides Calvani<sup>53</sup> zu beginnen. Bis 1966 konnten sieben gewerkschaftliche und drei politische

Bildungsinstitute in Lateinamerika in die Förderung aufgenommen werden. Die Vorgehensweise dabei war einfach: Das Institut unterstützte seine Partner, nach dem Muster der politischen Seminare der Politischen Akademie Eichholz, bei der politischen, sozialen, ökonomischen und organisatorischen Grundbildung ihrer Mitarbeiter. Die als Lehrkräfte eingesetzten Auslandsmitarbeiter brachten dafür die in der Nachkriegszeit in Europa gemachten Erfahrungen ein.<sup>54</sup> Gleichzeitig kam es durch diese Projekte zu vielen persönlichen Begegnungen zwischen den maßgeblichen lateinamerikanischen Christlichen Demokraten und CDU-Politikern. In Afrika tat sich das Institut dagegen sehr viel schwerer, weil hier die Partner einzeln in jedem Land gefunden werden mussten und fast in allen Ländern Militärdiktaturen und Einparteienherrschaft die Tätigkeit unabhängiger Gewerkschaften und demokratischer Parteien begrenzten oder unmöglich machten.

**Das Institut für Internationale Solidarität unterstützte seine Partner bei der politischen, sozialen, ökonomischen und organisatorischen Grundbildung ihrer Mitarbeiter.**

Nach den Anfangserfolgen des Instituts kam es allerdings zu administrativen Schwierigkeiten, weil weder das BMZ noch das Institut für Internationale Solidarität vermochten, die Erfordernisse der Bundeshaushaltsordnung den neuartigen Auslandsmaßnahmen anzupassen.<sup>55</sup> Schwerwiegender noch war die zunehmend kritische Haltung der deutschen Botschafter in Lateinamerika, die zum Teil den

53 | Professor Aristides Calvani (1918-1986), 1969-1974 Außenminister Venezuelas, wurde der engste und kompetentste Partner des Instituts für Internationale Solidarität.

54 | Siehe dazu den Bericht des zuständigen BMZ-Referenten: ACDP, I-475-018/4.

55 | ACDP, 12-001-679.

Grundgedanken des Programms ablehnten oder unter dem Druck rechtsgerichteter Regierungsmitglieder und der sie unterstützenden Kreise den IIS-Projekten ihre Zustimmung verweigerten. Nach dem Wahlsieg der chilenischen Christdemokraten 1964 geriet das IIS ins Fadenkreuz linker und rechter Medien, die es als Instrument einer gegen sie gerichteten parteipolitischen Intervention denunzierten.<sup>56</sup>

Abb. 2



Peter Molt als Leiter des Instituts für Internationale Solidarität im Gespräch mit Konrad Adenauer 1962. | Quelle: ACDP.

Diese Probleme hätten sich leichter regeln lassen, wenn es nicht im Vorstand der Stiftung und auch im Parteivorstand zu grundlegenden Meinungsverschiedenheiten über die Ausrichtung der Arbeit, über Personal- und Zuständigkeitsfragen gekommen wäre. Vor allem Bruno Heck, Bundesminister seit 1963, CDU-Generalsekretär von 1967 bis 1971 und Stiftungsvorsitzender von 1968 bis 1989, sowie Kai-Uwe von Hassel, stellvertretender Parteivorsitzender bis 1969, ist zu verdanken, dass die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung diese Turbulenzen überstand und sich konsolidierte. Die administrativen Schwierigkeiten, die auch die anderen Politischen Stiftungen betrafen, konnten vom Bundesrechnungshof geklärt werden. Die politischen Vorbehalte der deutschen Botschafter liefen ins Leere, da Karl Carstens, 1960 bis 1966 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, das US-amerikanische Interesse an

56 | Unter Berufung auf den erwähnten Artikel im *Spiegel*, Fn. 45.

der Lateinamerikaarbeit des Instituts selbstverständlich für übergeordnet hielt.<sup>57</sup> Sein Nachfolger Klaus Schütz übernahm diese Bewertung.<sup>58</sup>

## WAS ZÄHLT

Was trotz aller Meinungsverschiedenheiten, Rückschläge und Enttäuschungen in den schwierigen Anfangsjahren der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zählt, ist, dass auch auf diesem Nebenfeld der großen Politik sich Adenauers Gespür für langfristige politische Entwicklungen als richtig und zukunftssträchtig erwies. Zweifellos war sein Hauptinteresse an der Entwicklungspolitik Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre außenpolitisch motiviert. Er wollte die Entwicklungspolitik zur Sicherung des aus seiner Sicht damals höchst bedrohten Status quo in der Deutschland- und Berlinfrage nutzen. Frankreich und Großbritannien traute er zu, den Prozess der Konsolidierung der neuen, aus ihrem Kolonialreich entstandenen Staaten ohne Abstriche an ihrer europäischen Sicherheitspolitik zu bewältigen. Lateinamerika, bis

dahin Domäne amerikanischer Politik, sah er dagegen als eine Region, die durch die Proliferation des Fidelismus und den damals vehementen Antiamerikanismus in eine unmittelbar die Sicherheitsinteressen

**Die Stützung autoritärer Regierungen, aber auch mehr Handel und Kredite oder herkömmliche diplomatische Einflussnahme hielt Adenauer zur Konsolidierung des Kontinents für unzureichend.**

der USA tangierende Krise geraten war, welche die Regierung in Washington zur Nachgiebigkeit in der Europa- und Deutschlandpolitik hätte veranlassen können. Die Stützung autoritärer Regierungen, aber auch mehr Handel und Kredite oder herkömmliche diplomatische Einflussnahme hielt er zur Konsolidierung des Kontinents für unzureichend. Deshalb stieß er vor allem mit dem Blick auf Lateinamerika drei Fenster für einen deutschen Beitrag zur Bewältigung der globalen Herausforderung auf: für die kirchliche Sozialarbeit mittels der kirchlichen Hilfswerke, für die Unterstützung werteorientierter demokratischer Reformkräfte mittels der Politischen Stiftungen und für die Effizienz der Außenbeziehungen mittels der Institutionalisierung einer eigenständigen Entwicklungspolitik.

57 | ACDP, Fn. 55.

58 | ACDP, 12-001-671.

Außenpolitisch brachte die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung den gewünschten Erfolg. Beide Stiftungen galten bei den Lateinamerikaspezialisten der US-Regierung als Partner, welche die lateinamerikanischen demokratischen Reformkräfte wirksam unterstützten.<sup>59</sup> In Lateinamerika selbst wuchs das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland durch die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke. Aber auch die Arbeit des IIS fand bei den für den damaligen Reformprozess wichtigen Christlichen Demokraten und Christlichen Gewerkschaften großen Anklang. Sie wurden nicht nur organisatorisch gestärkt, sondern es gelang auch, mit ihnen einen fruchtbaren Dialog über die Grundsätze demokratischer und christlicher Sozial- und Staatsprinzipien zu führen.

**Mit den Auslandsmitarbeitern wuchs ein Stamm von Fachleuten heran, der die Einsatzländer von einer Seite kennengelernt hatte, die anderen nicht zugänglich war oder für die sie sich nicht interessierten.**

In der CDU trug das internationale Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung viel dazu bei, dass jüngere Abgeordnete entsprechende Erfahrungen sammeln konnten und dass mit den Auslandsmitarbeitern ein Stamm von

Fachleuten heranwuchs, der die politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der Einsatzländer von einer Seite kennengelernt hatte, die Diplomaten, Firmenvertretern und technischen Entwicklungsexperten im Allgemeinen nicht zugänglich war oder für die sie sich nicht interessierten. Im Umfeld des Instituts entstanden auch die ersten Entwürfe für ein entwicklungspolitisches Programm der CDU. Das Institut bereitete den Boden für den späteren Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik durch den von ihm angeregten Diskussionskreis Entwicklungshilfe. Im Jahr 1975 veranstaltete dann die CDU als erste deutsche Partei einen entwicklungspolitischen Kongress. Als ein Zeichen des Erfolgs der vom IIS verfolgten Grundsätze und Arbeitsweisen, die gegen mannigfachen Widerstand über ein Jahrzehnt verfolgt wurden, nahmen an dem Kongress zwei lateinamerikanische Politiker teil, die zusammen mit ihren Gesinnungsfreunden zu den langjährigen Partnern der Stiftung gehörten und die einige Jahre später ihre Länder zur Demokratie zurückführen sollten: Napoleon Duarte, Präsident von El Salvador von 1984 bis 1989, und Patricio Aylwin, Präsident Chiles von 1990 bis 1994.

59 | Vgl. John E. Rielly, „German Political Foundations and the National Endowment for Democracy: A Memoir“, in: Hanf et al., Fn. 1, und ein Vermerk des Verfassers an den Vorstand des IIS, ACDP, 12-001-615.

Der Kongress stand unter dem Motto „Partnerschaft und Solidarität“ und bezog sich auf den Grundsatz, der das IIS seit seiner Gründung bestimmt hatte, dass das Gemeinwohl am ehesten in einer freiheitlichen, demokratischen, pluralistischen und marktwirtschaftlichen Ordnung verwirklicht wird. Dafür konnten ein Dialog, der den anderen kulturellen Hintergrund und die Handlungsoptionen des Partners respektierte, und ein solidarisches Handeln von Parteien und sozialen Bewegungen, die in ihren Grundwerten übereinstimmen, wichtige Impulse geben.